

RICHTUNGSWAHL

2015

INHALT

KULTURLANDINITIATIVE	2
NATIONALE WAHLEN 2015: UNSERE POSITIONEN	3-8
JUNGE GRÜNE	9
GRÜNE STADT ZÜRICH	10
GRÜNE WINTERTHUR	11
AGENDA & GRÜNKOHL	12

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN: CH09 0900 0000 8002 6744 4

Mit dem Entscheid der Nationalbank zur Freigabe des Frankenkurses hat sich die politische Grosswetterlage in der Schweiz verändert.

Die SVP nutzt die wirtschaftliche Unsicherheit, um noch stärker gegen Fremde und Minderheiten vorzugehen. Gemeinsam haben die bürgerlichen Parteien einen Anti-Ökologie-Deregulierungspakt geschlossen. So bekämpfen sie, was uns wichtig ist.

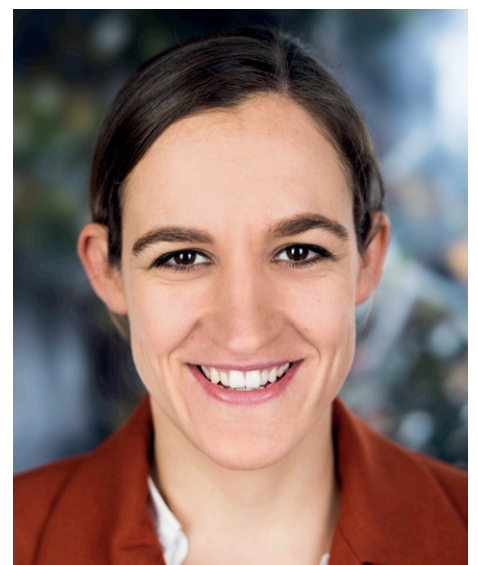
Jetzt gilt es ernst!

Wir wollen den Atomausstieg und die Energiewende, Klimaschutz! Wir wollen ein griffiges Raumplanungsgesetz und keine Strassenbauoffensive und sicher keine zweite Gotthardröhre! Wir wollen faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit, keine Umverteilung zugunsten der immer gleichen Unternehmen und Kapitalbesitzer. Wir wollen keinen Abbau des Service Public und keine Sparpolitik bei der Bildung, sondern lokale Arbeitsplätze und grüne Innovationen! Wir wollen keine Isolation und Abschot-

tung, sondern gelebte Grund- und Menschenrechte, hier und dort.

Bei den Wahlen im Herbst gilt es ernst, wir müssen eine Mehrheit von SVP und FDP im Nationalrat verhindern. Auf in den Wahlkampf!

■ **Marionna Schlatter,**
Präsidentin Grüne Kanton Zürich



LIEBE LESERINNEN

Nach den hohen Temperaturen Anfang Juli steht uns auch ein heisser Herbst bevor: am 18. Oktober wird der National- und Ständerat neu gewählt. Dass der Ausgang der Wahlen im Hinblick auf eine ganze Reihe von Themen von grosser Relevanz ist, zeigen die Grünen Spitzenkandidierenden auf den Seiten 3 bis 8. Für die Energiewende und die Grüne Wirtschaft sieht es ohne Wahlerfolge der Grünen ebenso schlecht aus, wie für eine solidarische Gesellschaft, die Lebensqualität in Stadt und Land, die Biodiversität und den Datenschutz.

Wir müssen es also unbedingt schaffen, unsere WählerInnen zu mobilisieren und jetzt schon damit anfangen. Jede Stimme zählt!

Doch auch abseits der Wahlurnen ist unser Engagement weiterhin gefordert – z.B. auf dem Teller oder beim Vorantreiben von lokalen umweltpolitischen Projekten: Schliesslich können wir über eine sinnvolle Energieversorgung mit den Erneuerbaren und über unseren eigenen Konsum grossen Einfluss nehmen (S. 9 & 10).

Dass Grüne Erfolge auch gegen z.T. grosse Widerstände möglich sind, zeigen zum Beispiel der Sieg, den wir kürzlich im Hinblick auf die Kulturlandinitiative vor dem Bundesgericht erringen konnten (S. 2) und das Abstimmungsergebnis der Velo-Initiative in der Stadt Zürich (S. 10).

Bleiben wir dran – unsere politischen GegnerInnen sollen sich warm anziehen müssen!

Ulla Blume, Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

KULTURLANDINITIATIVE

GRÜNER SIEG VOR BUNDESGERICHT!

Fast ein Jahr mussten wir warten, am 27. Mai war es dann aber endlich so weit: Wir sind nach Lausanne ans Bundesgericht gefahren zur Teilnahme an der öffentlichen Urteilsberatung über den Umgang des Kantons mit unserer Kulturlandinitiative.

Die Beratung gab Einblick in die Begründung des Urteils. Erstens wurde die Frage diskutiert, wie weit die Freiheit des Kantonsrates bei der Umsetzung einer Initiative in der Form der allgemeinen Anregung geht. Es zeigte sich, dass die gesetzliche Grundlage zu viel Spielraum offen lässt. Die Richter waren sich aber einig, dass es absolut zwingend ist, dass nach dem parlamentarischen Prozess eine referendumsfähige Vorlage vorliegt. Das bedeutet, dass der Kantonsrat eine Umsetzung beschliessen muss.

Zweitens zeigte das Bundesgericht auf, dass die Art der Umsetzung, nämlich über den Richtplan, nicht genügt. Dazu wurden diverse Stellen aus unserer Begründung des Initiativtextes zitiert.

Der Regierungsrat, der seine eigene Vorlage zur Ablehnung empfahl, habe den Grundstein zum saloppen Umgang gelegt. Wesentlich bei einer Umsetzung sei der Wille der InitiantInnen und somit der Volkswille und es entbehre jeder Grundlage zu behaupten, dass eine Nichtumsetzung im Sinne des Volkes sei, wenn einer Mehrheit im Kantonsrat das Anliegen missfalle.

Das Bundesgericht hat unsere Stimmrechtsbeschwerde 5:0 gutgeheissen. Dieses deutliche Urteil zeigt, dass unser Gang ans Bundesgericht gerechtfertigt war. Für die Kulturlandinitiative ist dies ein Meilenstein und für uns ein wichtiger Erfolg im Wahljahr. Mit dem Urteil bestätigt das Bundesgericht nicht nur die inhaltliche Nichtumset-



Freude herrscht! Die Delegation der Zürcher Grünen vorm Bundesgericht in Lausanne.

Vor allem die Referenz auf das Waldgesetz beweise deutlich den Stellenwert des Anliegens als grundlegend und langfristig. Der Richtplan hingegen sei ein mittelfristiges Planungsinstrument, verhältnismässig leicht abzuändern und nicht referendumsfähig.

Drittens wurde auch das Vorgehen mit der Initiative als Ganzes stark kritisiert.

zung, sondern stärkt auch die Rechte derjenigen Gruppierungen, die nicht über Mehrheiten im Parlament verfügen. Nach dem Ausgang der Wahlen im April scheint das umso wichtiger.

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

ENERGIEWENDE UND GRÜNE WIRTSCHAFT

SIND AKUT GEFÄHRDET

Die aktuellen Wahlverluste der Grünen bleiben nicht ohne Wirkung in Bern. Bürgerliche Parteien fühlen sich nicht mehr an ihre ökologischen Versprechen gebunden. Sowohl bei der Energiestrategie wie auch bei der Grünen Wirtschaft droht der Rückwärtsgang.

Energiewende: Von wenig zu nichts?

Auch wenn Doris Leuthard unter den Jubelrufen von SP bis hin zu einigen Umweltverbänden so tat, als habe sie

produktion und die Förderung der Stromeffizienz in Frage gestellt. Damit ist klar: Bei einem Rechtsrutsch im Herbst bleibt von der Energiewende nichts übrig und die Schweiz wird beim

Doch Economiesuisse sucht nach der Minder-Initiative und der Masseneinwanderungs-Initiative krampfhaft nach einem Erfolg. Deshalb spielt sie die wirtschaftsfreundliche Vorlage zur Grünen Wirtschaft zu einem Bürokratiemonster auf. Leider folgen ihr viele ParlamentarierInnen blind. Die SVP lenkt damit auch von der für sie unangenehmen Wahrheit ab: Die Grüne Wirtschaft wird von vielen Unternehmen immer stärker unterstützt, während die Masseneinwanderungs-Initiative der Schweizer Wirtschaft immer noch massiv schadet. Diese anti-ökologische Ideologie würde bei einem Rechtsrutsch weiter verstärkt.



Für Energiewende und Grüne Wirtschaft ziehen dunkle Wolken auf.

mit der Energiestrategie einen Elefanten geboren, war es von Beginn weg eher eine Maus. Bezüglich Atomausstieg ist die Energiestrategie um Welten schlechter und gefährlicher als das, was Leuthards christdemokratische Kollegin Merkel anvisiert: Deutschland stellt die letzten AKWs 2022 ab. Die Schweiz hat noch ältere AKW, will sie aber ewig weiterlaufen lassen. Mehr noch, die Axpo lobbyiert unverblümt gegen die Sicherheitsanforderungen, die sogar das Sicherheitsinspektorat ENSI fordert. Denn die AKW-Lobby hat ihre Strategie geändert: Statt neue AKWs zu bauen, die ökonomisch ohnehin nicht mehr rentabel sind, sollen die alten Meiler bis auf den letzten Tropfen ausgepresst werden. Damit nehmen die atomaren Risiken nach Fukushima leider weiter zu.

Aber damit nicht genug. Neu werden vom Ständerat sogar der zögerliche Zubau von erneuerbarer Strom-

Zubau von erneuerbaren Energien zum europäischen Schlusslicht.

Grüne Wirtschaft: Was bleibt übrig?

Wichtiger, weil umfassender als die Energiewende, ist die Grüne Wirtschaft. Eine Grüne Wirtschaft setzt nicht nur auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz, sie setzt allgemein auf die Schonung der natürlichen Ressourcen. Urwaldabholzung, Überfischung der Meere oder Zerstörung der Moore – diese meist irreversiblen Plünderungen der Natur sollen mit der Grünen Wirtschaft überwunden werden. Gleichzeitig sollen Kreisläufe geschlossen werden, damit wertvolle Ressourcen wie Metalle oder Phosphor erhalten bleiben. Wer kann dagegen sein, könnte man sich fragen. Und tatsächlich: Die betroffene Wirtschaft, die grossen Schweizer Detailhändler sowie die Recyclingwirtschaft sind dafür.

Grüne müssen wieder zulegen

Kein Dossier leidet stärker unter der Baisse der Grünen als das Umweltdossier. Und das nächste Parlament wird viele sehr wichtige Entscheide im Bereich Klima-, Kulturland- und Gewässerschutz sowie zur Energiestrategie und in der Verkehrspolitik fällen. Wir müssen unseren WählerInnen bis zum Herbst klar machen, dass Nicht-Wählen oder SVP- und FDP-Wählen Natur und Umwelt massiv schaden.

■ Bastien Girod, Ständeratskandidat und Nationalrat, Listenplatz 2



FÜR EINE SOLIDARISCHE SCHWEIZ

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. Dass bei uns viele Menschen mit verschiedenen Hintergründen, Kulturen und Sprachen leben, ist eine Bereicherung. Und: Durchmischung schafft Toleranz und Offenheit.

Dass Durchmischung Toleranz und Offenheit schafft, zeigt sich beispielsweise in den beiden Stadtzürcher Kreisen 4 & 5, wo die Durchmischung grösser ist als anderswo und die Bevölkerung oft gegen den zunehmend frem-

nicht am politischen Leben beteiligen können, müssen die Loblieder auf die direkte Demokratie wie blanker Hohn klingen. Wer hier lebt, arbeitet, Steuern zahlt und seine Kinder grosszieht, soll auch mitbestimmen dürfen.

Menschen die oft tödliche Reise durch Wüstengebiete und über das Mittelmeer wagen. Niemand flüchtet ohne Grund! Wir müssen mit falschen Vorurteilen aufräumen und das Massensterben auf der Flucht stoppen. Konzerne, die dank tiefen Steuern in der Schweiz stationiert sind, aber in Drittweltländern ihr Unwesen treiben, müssen in die Verantwortung genommen werden. Denn unser Überfluss schadet der Wirtschaft in Drittweltländern massiv. Deshalb flüchten die Menschen.

Flüchtlinge nicht kriminalisieren

Es braucht legale Einwanderungsmöglichkeiten nach Europa. Anstatt das Asylrecht dazu zu missbrauchen, möglichst viele Menschen als nicht schutzbedürftig zu deklarieren und so vom Flüchtlingsstatus auszuschliessen, muss es wieder dazu dienen, möglichst vielen zu helfen. Wir haben optimale Bedingungen, um Asylsuchende aufzunehmen und ihnen eine sichere Bleibe zu bieten. Wir müssen uns für ein starkes Asylwesen einsetzen, in dem der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht.

■ Elena Marti,
Nationalratskandidatin, Listenplatz 1



denfeindlicheren Mainstream stimmt. Fremdenfeindlichkeit teilt die Gesellschaft in zwei Lager («wir» und «die anderen») und schafft durch Initiativen wie die Ausschaffungsinitiative Menschen zweiter Klasse. Es scheint schon fast normal, dass Personen ohne Schweizer Pass automatisch weniger Rechte haben und wortwörtlich mehr Grenzen aufgezeigt bekommen. Diese Tendenz ist gefährlich. Es ist eine Aufgabe von uns Grünen, aufzuzeigen, dass Migration dieser Gesellschaft zum Fortschritt verholfen hat – und das in vielen verschiedenen Bereichen.

Wer hier lebt, soll mitbestimmen dürfen

Heute darf an den demokratischen Prozessen in der Schweiz rund ein Viertel der Bevölkerung nicht teilnehmen. Für jene Menschen, die seit Geburt oder bereits in der dritten Generation hier leben und die sich aufgrund ihres Passes

Eine andere gefährliche Tendenz ist die fortwährende Abschottung Europas. Auch wir sind daran beteiligt und mitverantwortlich für das Massengrab im Mittelmeer. Die Schweiz muss ihre operative und finanzielle Beteiligung an Frontex sofort einstellen. Wir Grünen sind die einzige Opposition gegen dieses Abschottungsregime. Wir müssen aber auch zeigen, dass eine alternative Politik möglich ist. Schliesslich ist Migration nur ein Symptom, das dem Ursache-Wirkungs-Prinzip unterliegt.

Niemand flüchtet ohne Grund!

Die Konsequenzen der jahrzehntelangen Ausbeutung des globalen Südens durch den Westen bekommen wir nun an Europas Grenzen vor Augen geführt. Viele Drittweltstaaten sind u.a. durch militärische Interventionen und Profitgier völlig destabilisiert und ein Überleben ist so schwer geworden, dass viele



WÜRDIGE EXISTENZSICHERUNG FÜR ALLE

STATT SOZIALABBAU

Die Schweiz ist so reich wie nie zuvor. Aber die neoliberal geprägte Lohn- und Steuerpolitik begünstigt nur die Superreichen. Eine massive Vermögensumverteilung von unten nach oben findet statt: laut Oxfam-Studie besitzen weniger als 1% der Reichsten mehr Vermögen als die restlichen 99% zusammen. Mit einem Vermögensbruchteil allein der 300 Reichsten der Schweiz wären alle hiesigen Sozialhilfekosten bezahlt! Stattdessen wird auch dieses letzte Not-Auffangnetz frontal angegriffen.

Die bürgerliche Steuersenkungspolitik höhlt den öffentlichen Haushalt in Milliardenhöhe aus – viele Kantone und Städte sind dadurch in finanzielle



Ein guter Service Public sorgt für hohe Lebensqualität und darf nicht dem globalen Markt geopfert werden.

Schiefelage geraten. Die bürgerliche Antwort sind Sparpakete, Ausgliederungen und Privatisierungen bei Bund, Kantonen und Gemeinden und ein Dauerangriff auf die Sozialversicherungen. Auch die Ärmsten haben aber eine würdige Existenzsicherung verdient, die eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Wir Grünen fordern ein Bundesrahmengesetz, das das Recht auf eine würdige Existenzsicherung für alle fest schreibt, die unter das Existenzminimum geraten. Wir stehen ein für gesicherte Sozialversicherungen, gegen Rentensenkungen und unterstützen die Initiative AHVplus.

Ein guter Service Public für alle statt Sparpakete und Privatisierungen

Es ist vorab unser Service Public, der das Leben in der Schweiz angenehm macht: Gute Schulbildung und Gesundheitsversorgung, saubere Strassen und Parkanlagen, stets Strom, Trinkwasser direkt ab Wasserhahn, funktionierende Abfallentsorgung und ausgebauter öV. Davon soll die ganze Bevölkerung profitieren und zwar in allen Regionen und einkommensunabhängig. Ein breiter Service Public ist die Basis für Chancengleichheit, sichert Arbeitsplätze und Wohlstand und garantiert Rechtssicherheit.

Wir brauchen in den kommenden Jahren sogar mehr Service Public: Durch die demographische Entwicklung beklagen wir schon heute einen Pflegenotstand, wir müssen den öV ausbauen, den Klimawandel bewältigen und die Privatwirtschaft verlässt sich auf einen Service Public mit Qualität. Also: Schluss mit Steuersenkungen und Sparprogrammen, dafür eine Steuerzurückforderung bei den Reichen.

Auf Initiative mächtiger Konzerne verhandeln die reichen Industriestaaten das Dienstleistungsabkommen TiSA – im Geheimen und ohne demokratische

Legitimation. TiSA will den Service Public unwiderruflich dem globalen Markt opfern. Der Zugang zu lebenswichtigen Gütern würde Millionen von Menschen verwehrt. Dagegen leisten wir Grünen mit dem VPOD aktiv Widerstand, denn auch die Schweiz sitzt mit am Verhandlungstisch. Wir Grünen haben in Zürich, Basel, Bern, Genf, Carouge, Meyrin etc. die Forderung nach TiSA-freien Zonen eingereicht. Weltweite Protest soll den Abbruch der Verhandlungen erzwingen!

Taten statt Worte in der Gleichstellungspolitik

Die Gleichstellung der Frauen ist noch immer nicht verwirklicht, weder bei den Löhnen, noch bei der Berufswahl, noch bei den Führungsfunktionen. Vorwiegend Frauen leisten die unbezahlte Haushalt-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Auch Männer können ihre traditionelle Rolle nur langsam verändern. Mehr Tempo ist nötig. Wir Grünen fordern Lohngleichheit mit Lohnkontrollen und einen Elternurlaub. Damit sich Beruf und Familie vereinbaren lassen, braucht es genügend bezahlbare Kinderbetreuungsplätze und familienfreundliche Arbeitszeiten. Damit wenigstens die Hälfte der Grünen im National- und Ständerat Frauen sind, braucht's Grüne Frauen in Bern!

■ Katharina Prelicz-Huber, Nationalratskandidatin, Listenplatz 3



FÜR GRUNDRECHTE GEGEN ÜBERWACHUNGSSTAAT

Wir Grünen sind die verlässlichste Partei für die Grundrechte und gegen den Überwachungsstaat. Wir kämpfen gegen die Ausgrenzung und Schikanie von Arbeitslosen und SozialhilfebezügerInnen. Wir engagieren uns für ein faires Asylverfahren, das schutzbedürftige Menschen aufnimmt und rasch integriert. Wir lehnten als einzige Partei im Parlament einstimmig neue Schnüffelkompetenzen des Geheimdiensts ab und forderten die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung. Und wir fordern einen besseren Datenschutz und Respekt vor der Privatsphäre.

GRUNDRECHTE SCHÜTZEN ALLE

Grundrechte sind für alle da. Sie bilden die Grundlage des modernen Rechtsstaats. Allerdings werden die Grundrechte heute von rechts aussen fundamental angegriffen. Erschreckend: Die SVP will sogar die Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK stoppen. Sie stört sich daran, dass – in ganz seltenen Fällen – auch die Schweiz verurteilt wird, weil sie die Grundrechte verletzt. Dabei ist «Strassburg» für alle, die sich von den Behörden oder Gerichten in ihren Grundrechten verletzt sehen, der



letzte und gleichzeitig einzige Anspruch auf eine unabhängige Prüfung.

SCHUTZ, NICHT ABSCHRECKUNG

Auch Asyl ist ein Grundrecht. Jeder Staat ist verpflichtet, Menschen Schutz zu gewähren, die an Leib und Leben bedroht sind. Das ist aktuell nötiger denn je: noch nie seit dem zweiten

Weltkrieg waren so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg, Bürgerkrieg und Unterdrückung. Früher kämpften die rechten Parteien gegen den sogenannten Asylmissbrauch. Man müsse hart sein, um noch Platz für «echte Flüchtlinge» zu haben. Nun kommen echte Flüchtlinge in die Schweiz. Aus dem Bürgerkrieg in Syrien, aus der Folterdiktatur in Eritrea. Statt ihnen Schutz zu gewähren, soll nun das Asylrecht von neuem verschärft werden.

ÜBERWACHUNG STOPPEN

Seit den Snowden-Enthüllungen wissen wir: Die grossen ausländischen Geheimdienste schrecken auch vor der Totalüberwachung aller Kommunikation nicht zurück. Und wir wissen: auch unser Geheimdienst ist Partner ausländischer Dienste und tauscht mit ihnen Daten aus. Wir Grünen wehren uns gegen diesen modernen Schnüffelstaat, der die Fichen von anno dazumal lächerlich nostalgisch aussehen lässt.

Die Schweizer Wirtschaft, aber auch das internationale Genf – Sitz der UNO und vieler internationaler Organisationen und Ort vieler wichtiger Verhandlungen – müssen besser vor Spionage geschützt werden. Dazu braucht es nicht mehr, sondern weniger Geheim-

dienst: denn unser Nachrichtendienst arbeitet ja mit den Spionen zusammen. Stattdessen fordern die Grünen den Aufbau einer völlig unabhängigen und gut kontrollierten Spionageabwehr und internationale Abkommen, die auch Inspektorenteams vorsehen, die die Einhaltung der gemeinsamen Regeln überwachen. So wie das im Bereich der Chemie- und Atomwaffen funktioniert.

DATENSCHUTZ STÄRKEN

Während früher vor allem der Staat die Menschen überwachte, sind im Informationszeitalter alle von uns nicht nur gläserne BürgerInnen, sondern auch gläserne KonsumentInnen. Im Internet hinterlassen wir eine breite Datenspur, die mit unzähligen anderen Informationen verknüpft werden kann und ein präzises Persönlichkeitsprofil ergibt. Darum braucht es dringend eine Anpassung und Stärkung des Datenschutzgesetzes, das noch aus der Ära stammt, als niemand das Internet nutzte und viele Firmen und Verwaltungseinheiten erst die ersten Computer beschafften.

■ Balthasar Glättli,
Nationalrat, Listenplatz 4



LEBENSQUALITÄT IN ZÜRICH IST TOP AUCH DANK GRÜNER POLITIK

1443 000 EinwohnerInnen zählte der Kanton Zürich Ende 2014 – vor fünf Jahren waren es noch 100 000 weniger! Das rasante Bevölkerungswachstum findet nicht nur in den urbanen Zentren statt, auch die ländliche Bevölkerung nimmt stetig zu.



Wachstumskritisch, aber keine Abschottungspolitik

Die Grünen stehen grenzenlosem Wachstum skeptisch gegenüber, gleichwohl verfolgen wir keine Abschottungspolitik à la Ecopop. Zürich darf wachsen, aber richtig. Wir stehen dafür ein, Massnahmen zur Verdichtung in den urbanen Zentren zu unterstützen und gleichzeitig die Zersiedelung zu bekämpfen und das Kulturland zu schützen. Mit dieser Grünen Politik haben wir Erfolg: eine Mehrheit der WählerInnen hat unsere Kulturlandinitiative unterstützt – zur grossen Überraschung der politischen AkteurInnen.

Die Verdichtung in den urbanen Zentren hat aber ihren Preis. Der Grossteil der Kosten wird nach wie vor von den Steuerzahlenden übernommen, während häufig private Immobilienfirmen, die teure Wohnungen erstellen, von der zur Verfügung gestellten Infrastruktur profitieren. Das ist stossend, auch weil eine Abschöpfung des Mehrwerts im

Kanton Zürich erst 2018 vorgesehen ist – obwohl auf eidgenössischer Ebene der Mehrwertausgleich seit 1979 im Raumplanungsgesetz verankert ist! Einen Erfolg konnten die Grünen gleichwohl verzeichnen. Wir kämpften im Herbst 2014 mit unseren politischen

Partnern dafür, dass die Gemeinden die Kompetenz erhalten, den Bau von preisgünstigem Wohnraum zu fördern. Nun gilt es, dies in den einzelnen Gemeinden einzufordern.

Grüne Politik für mehr Lebensqualität

Bezahlbarer Wohnraum ist in Zeiten, wo die Zahl der EinwohnerInnen wächst, enorm wichtig. Die Attraktivität von Zürich birgt die Gefahr, dass Menschen mit geringen Einkommen aus den Zentren verdrängt werden. Doch genau die gute Durchmischung der Bevölkerung ist eine der wichtigen Standortqualitäten von Zürich. Zustände wie in London, wo nur noch reiche Menschen es sich leisten können, im Stadtzentrum zu leben, während ärmere Menschen mit schlecht bezahlten Jobs mehrstündige Arbeitswege in Kauf nehmen müssen, wollen wir um jeden Preis verhindern.

Es ist auch der Grünen Politik zu verdanken, dass wir hier in Zürich eine

sehr hohe Lebensqualität haben. Massnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, weniger Lärmmissionen, mehr Grünraum, besseres Klima, sauberes Wasser, weniger motorisierter Individualverkehr, ein durchgängiges Veloroutennetz und vieles mehr sind viel schwieriger messbar als zum Beispiel Steuereinnahmen und Anzahl Ansiedlungen von Firmen. Aber es sind auch die weichen Faktoren, die Menschen und Firmen nach Zürich bringen: wo auf der Welt kann man mitten in der Stadt bedenkenlos baden? Wo ist man zu Fuss so schnell im Grünen? Und wo ist es so selbstverständlich, dass die überwiegende Mehrheit der Kinder öffentliche Schulen besucht?

Umwelt, Gerechtigkeit, Arbeitsplätze

Es ist an uns, diese Errungenschaften zu verteidigen. Gerade in Wachstumsphasen geraten sie unter Druck, denn gratis ist all dies nicht zu haben. Deshalb stehen wir hin und zeigen auf, dass unsere Politik zukunftsfähig ist, dass wir uns weiterhin für eine Lebensqualität einsetzen, die allen zugute kommt und zwar auch den kommenden Generationen. Das bringt unser Slogan «Umwelt, Gerechtigkeit, Arbeitsplätze» genau auf den Punkt.

■ Karin Rykart,
Nationalratskandidatin, Listenplatz 5



MEHR QUALITÄT IM RAUM

Landschaftsschutz: Das Forstpolizeigesetz von 1876 als Vorbild

Die Schweiz hat eine Fläche von 41 285 km². Die Ansprüche an die Nutzung dieser Fläche ändern sich, nehmen aber nicht ab. Das Forstpolizeigesetz von 1876 hat die Waldfläche umfassend geschützt. Die Versiegelung der übrigen

Verdichtung braucht Rahmenbedingungen

Es gibt ein riesiges Potential an Geschossflächenreserven im bestehenden Siedlungsgebiet. Die Marktmechanismen im Wohnungsbau sind sehr ähnlich wie jene beim Autohändler: Teure und schwere Autos haben ein wesentlich höheres Margenpotential als ein kleines Sparmobil. Eine Verdichtung der Siedlung darf aber nicht Spekulanten überlassen werden. Grünräume sind in der verdichteten Siedlung sorgfältig zu erhalten. Die Gebäudeerneuerung ist aus energetischen Gründen zu forcieren. Mit Auflagen für preisgünstigen Wohnungsbau muss sichergestellt werden, dass Wohnen für alle Einkommen möglich ist.

Biodiversität, überall

Es überrascht wenig, dass Imker in den Städten oft vitalere Bienenvölker und bessere Honigerträge haben als Imker auf dem Land. Das Pollenangebot ist auf dem Land einseitig

und knapp, die Pestizidbelastung in der Stadt deutlich geringer. Wildbienen wie Hummeln oder Mauerbienen tragen insgesamt mehr zur Befruchtung bei als Honigbienen, sind aber durch Pestizide und Futtermangel wesentlich stärker bedroht als jene. Die Biodiversität ist grundsätzlich überall zu erhalten. Die meisten artenreichen Flächen können landwirtschaftlich genutzt werden, für Pferdeheue oder Streu. Bei den Gewässern ist diese Nutzung

ausgeschlossen. Die Renaturierung unserer Gewässer mit dem Hochwasserschutz braucht aber wesentlich geringere Flächen als neue Strassen oder die Zersiedelung. Die Natur braucht vor allem mehr Qualität in der Fläche. In dieser Beziehung hat die Revision der Landwirtschaftsgesetzgebung AP 14/17 leider kein Mehr an Qualität, sondern nur ein Mehr an Bürokratie gebracht.

Aus der Region, für die Region: mit Qualität

Intensivere und bodenunabhängige landwirtschaftliche Produktion bringt nichts für die Ernährungssouveränität. Die biologische Landwirtschaft respektiert die Kreisläufe, schont die Böden und verzichtet auf problematische Pflanzenschutzmittel, die die Biodiversität bedrohen und das Trinkwasser vergiften. Wie bei der Energie ist auch bei der Nahrung die Verschwendung das grösste Problem. Mehr als 30% der Nahrungsmittel landen im Abfall. Saisonal und regional gibt eine gute Wahl. Die Schweiz ist über weite Flächen ein Graswirtschaftsland. Wiederkäuer wie Kühe veredeln das Gras zu Fleisch und Milch. Wer weiss, dass Rindfleisch aus reiner Grasfütterung gleich viel Omega-3-Fettsäuren enthält wie Fisch, der setzt auf Qualität statt auf Quantität.

■ Robert Brunner,
Nationalratskandidat, Listenplatz 6



Flächen hat dramatisch zugenommen. Kein Wunder also, dass sich die Grünen immer wieder am damaligen Forstpolizeigesetz orientieren und Schutzziele für Flächen anstreben.

Die Rothenturminitiative brachte den Durchbruch beim Schutz der Moore, bei der Kulturlandinitiative wird das Zürcher Volk nach unserem erfolgreichen Gang vors Bundesgericht doch noch das letzte Wort sprechen.



KONSUM

DER BLINDE FLECK DER LINKEN

Wie kann das sein? Wie kann eine Junge Grüne den Konsum als blinden Fleck innerhalb der Grünen bezeichnen? Die Grünen sind doch die, die im Bioladen ihr Demetermüesli individuell zusammenstellen und beim Grillieren auf die Tofuwurst verzichten, da auch Soja unter nicht immer optimalen Bedingungen produziert und zudem importiert wird? Nein, sind sie nicht. Längst nicht mehr.

Im Gegenteil: Mit diesem Klischee behaftet zu werden, ist eine der grössten Ängste der WahlstrategInnen, was sich entsprechend in den Positionen niederschlägt. Betrachtet man die Positionspapiere der Grünen, finden sich die Themen Energie, Klima, Verkehr, Gentechnologie, Raumplanung und Naturschutz. Intuitiv einleuchtend; das fehlende Positionspapier zum Konsum ist an sich kein Problem – da die Ernährung ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs ausmacht und die Produktion von Tiererzeugnissen den global grössten Klimafaktor darstellt, finden sich Forderungen zum Konsum sicher unter den genannten Punkten.

Weit gefehlt. Über den Konsum und die Produktion insbesondere tierischer Erzeugnisse wird kein Wort verloren. Beim Klima geht es um erneuerbare Energien, im Bereich Energie um Energieeffizienz und eine ökologische Steuerreform; wie viel CO₂ und Energie aber durch eine vermehrt pflanzenbasierte Ernährung eingespart werden könnte, wird verschwiegen. Der jährlich steigende Fleischkonsum von aktuell 52 kg/Kopf ist mit den Nachhaltigkeitszielen des Bundes nicht vereinbar, das ist wissenschaftlich untermauert. Unter «Internationales» fordern die Grünen eine Vorreiterrolle der Schweiz bei der Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre.

Kleiner Tipp: Für die Produktion von 1 kg Fleisch braucht es 15.5 kg CO₂, für 1 kg Tomaten 0.89 kg CO₂. Auch der Landverbrauch für Fleisch ist pro Kilogramm 30 Mal höher als für pflanzliche Produkte wie Getreide. Wäre dies womöglich ein Hebel, durch den mit sehr wenig Aufwand sehr viel CO₂ eingespart werden könnte?

Natürlich wissen das die Grünen. Doch das Wort Suffizienz ist auf der schwarzen Liste – wir Grünen verzichten nicht, wir erreichen alle Nachhaltigkeitsziele ohne Einschränkungen des Individualkonsums, weil: Energieeffizienz, Investition in Technologie, Raumplanung – wir kennen das.

Nein, wir Jungen Grünen wollen die Grünen nicht in die Ökofundi-Ecke zurückstellen. Auch wir sind froh, dieser entkommen zu sein. Wir wollen eine Grüne Partei, die reale Probleme und Forderungen in entsprechenden Positionspapieren beim Namen nennt und erklären uns hiermit auch dazu bereit, ein solches zu verfassen.

■ Meret Schneider, Präsidentin Junge Grüne Kanton Zürich



BIKE 2 PARIS - FÜRS

KLIMA AUFS VELO!

Besondere Wetterlagen, wie die Hitzetage vom Juli, zeigen die klimatischen Veränderungen auch in unseren Breitengraden in aller Deutlichkeit. Die nationale und internationale Politik versagt jedoch kläglich dabei, sich hohe Reduktionsziele zu setzen und diese zu erreichen. Der Nationalrat will lieber ausländische Zertifikate einkaufen als die Hausaufgaben in der Schweiz zu erledigen und endlich die fossilen Energieträger durch Erneuerbare zu ersetzen. Auch international sieht es nicht besser aus und so kommt der diesjährigen UN-Klimakonferenz in Paris im kommenden Dezember eine grosse Bedeutung zu.

Anstatt die Köpfe in den Sand zu stecken, werden im Dezember mittlerweile 30 Junge Grüne und andere Verrückte mit dem Fahrrad nach Paris fahren (Bike2Paris), um sich auf eine friedliche und kreative Art und Weise für ein verbindliches Klima-Abkommen einzusetzen. Wir sind nicht allein: Es reisen Leute aus Spanien, Belgien, England, Schweden, Deutschland, Vietnam, der Türkei und den USA zu Fuss, per Fahrrad oder Schiff nach Paris. Gemeinsam mischen wir die Klimapolitik auf und machen Druck auf die politischen EntscheidungsträgerInnen. Mit insgesamt 50 MitfahrerInnen wollen wir rechtzeitig zur Demo am 12.12. in Paris ankommen. Die Reiseroute steht und nun stecken wir voll in der Detailplanung. Im Moment suchen wir noch dringend ein klimaneutrales Begleitfahrzeug. Lust auf ein grosses Abenteuer? Wir haben noch Sättel frei und freuen uns über mentale und finanzielle Unterstützung von den daheim Gebliebenen.

■ Stéfanie Saxer, Junge Grüne Zürich

WWW.BIKE2PARIS.CH

stefanie@rexas.ch, 079 510 53 35
Spenden: PC 61-109686-5

ZÜRICH IST KEINE AUTOABFERTIGUNGSANLAGE

Gewonnen! Die Stadtbevölkerung hat sich mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Velo-Initiative einmal mehr klar für eine menschenfreundlichere Mobilität ausgesprochen. Das bestärkt uns Grüne in unserer klaren Haltung bei der Verkehrspolitik.

Im Zürcher Gemeinderat sind wir jedoch mit unseren Verkehrsforderungen noch nicht mehrheitsfähig. Regelmässig werden wir von SP, glp und besonders häufig von der AL im Regen stehen gelassen, wenn es z.B. um autofreies Wohnen oder allgemein um menschenfreundlichere Mobilität geht. Diese links-grüne Differenz interessiert die Medien leider überhaupt nicht, diese fokussieren lieber auf den andauernden Parkplatzkampf, der sich schon seit Jahren durch Stillstand manifestiert.

Verkehrspolitik hinter den Kulissen

Die FDP ist zur radikaleren Veloverhindererin geworden als die SVP, die CVP hat keine eigene Meinung mehr, die glp lässt sich höchstens für «schmürzelige» Kompromisse gewinnen, die SP vertritt die Überzeugung, dass Familien dringend alle Auto fahren müssen und die AL geht davon aus, dass Parkplätze ein Menschenrecht sind und am besten nichts kosten.

Dem Tiefbaudepartement steht ein Medienstar vor, der gerne grosse Worte zu allem schwingt, in der Praxis aber nur die von Ruth Genner aufgegleisten Projekte mehr schlecht als recht voranbringt. Ansonsten beschäftigt er sich damit, bei den einzelnen Bauprojekten vor Ort vorbeizuschauen und seinen Ingenieuren aufzuzeigen, wo noch weitere Parkplätze möglich sind. Der städtische Velobeauftragte hat folgerichtig seine Kündigung eingereicht und Leutenegger hat den Praktikanten nach kurzen drei Monaten Berufserfahrung zum neuen Velobeauftragten gemacht. Dieser muss jetzt die Umsetzung des Masterplans Velo und der Velo-Initiative durch alle Instanzen und Departemente bringen.

Grüner Aktionsplan Verkehr

Nach der gewonnenen Abstimmung zur Velo-Initiative müssen wir Grünen jetzt unsere weiteren Verkehrsziele klar und öffentlichkeitswirksam deklarieren und verfolgen. Ein Grüner

zu finden sind. Zudem benötigen wir einen gut ausgebauten Cargo-Veloverleih auch mit Spezialanhängern für sperriges Transportgut. Statt Asphalt könnten vermehrt Pflanzen spriessen, statt einer vierspurigen Strasse gäbe



Aktionsplan Verkehr könnte folgendermassen aussehen:

- Verkehrsprojekte, die nicht in Richtung einer menschenfreundlichen Mobilität gehen, im Parlament blockieren
- Parlamentarische Vorstösse für konkrete Velomassnahmen einbringen
- Autofreies Wohnen weiter ausbauen und bei sämtlichen Grossprojekten einfordern

Wir Grünen müssen jetzt radikal werden! Wir müssen heute Dinge anstossen, die vielleicht erst in 10 oder 20 Jahren Realität werden. Dazu gehören Velostrassen in der Stadt mit Velobahnen in die Agglo. Ganze autofreie Stadtteile wären schön, in denen nur noch einzelne Carsharingpoints

es einen Park oder sogar einen kleinen Wald, neu, mitten in der Stadt.

Zurzeit ist die Stadt Zürich eine öffentliche Autoabfertigungsanlage. Der Aussenraum ist für schnelle, gefährliche, grosse Fahrzeuge gestaltet worden, die mit hohem Tempo durch die Strassen brausen. Das müssen wir langfristig ändern, wenn wir eine Stadt zum Leben und nicht zur Verkehrsabfertigung wollen.

Mit der Veloinitiative haben wir einen ersten Schritt gemacht, mit der Grünstadt-Initiative geht es weiter und als Nächstes könnten wir eigentlich über eine Züri-Autofrei-Initiative nachdenken.

■ Matthias Probst, Gemeinderat Zürich

WINTERTHURERINNEN UND WINTERTHURER MACHEN KLIMAPOLITIK KONKRET!

Seit 2007 erlebte Winterthur einige energiepolitische Abstimmungen, die schweizweit beachtet worden sind. Es ging nicht primär um den Atomausstieg – wo ja eine einzelne Stadt kaum viel bewegt. Prioritär sind Projekte zur Reduktion des CO₂ zu lancieren, die Energieeinsparungen und/oder erhöhte Produktion erneuerbarer Energie bringen.

2007 lag ein Kredit von fast 200 Mio. Franken zur Abstimmung (der ersten in meiner Stadtrats-Zeit) für den Totalumbau der Kehrrechtverwertungsanlage vor. Jetzt, nach Abschluss aller Arbeiten ist klar, dass Fernwärme- und Stromproduktion um je rund 15 bis 18% gesteigert werden konnten. Die damals grösste Baustelle Winterthurs kann teuerbereinigt ohne Mehrkosten abgerechnet werden.

Häuser ans Wärmenetz

«Energie-Contracting» (EC) in und aus Winterthur basiert auf bewährten Technologien wie Wärmepumpen oder Holzheizungen. Es funktioniert so: Wer Wärme für sein Gebäude braucht, kauft nicht eine eigene Heizung, sondern schliesst einen Vertrag mit Stadtwerk Winterthur ab. So werden Preise für die Wärme (meist ab einer grossen,

und zeigt den Weg hin zur 2000-Watt-Gesellschaft, der schon 2012 mit einem Gegenvorschlag zu einer Grünen Volksinitiative (nota bene ebenfalls gutgeheissen) beschlossen worden ist. Der Anteil an CO₂-neutraler Primärenergie innerhalb des Energie-Contracting liegt derzeit bereits über 70% und wird jährlich gesteigert und über einen entsprechenden Indikator vom Parlament überprüft.



Stadtrat Matthias Gfeller und Stadtwerk-Direktor Markus Sägesser beim Anfeuern einer Holzschmied-Heizzentrale.

Etwas später fand ein Kredit von 90 Mio. für erneuerbare Energien (Wind, Wasser oder Sonne) auch über 70% Zustimmung. Zweimal war über Energielieferungen für Dritte (Contracting) abzustimmen: 2012 erhielt ein 40 Mio. Kredit fast 80% und am 14. Juni 2015 ein zusätzlicher 70 Mio.-Rahmenkredit (in finanziell noch schwierigeren Zeiten!) immerhin rund 70% Ja-Stimmen. Bemerkenswert – auch angesichts des Rückschlages bei der innovativen Biogas-Firma «Biorender».

zentralisierten Heizanlage), Wartung und weitere Leistungen vereinbart. In und um Winterthur haben wir bereits diverse effiziente Nahwärmenetze mit Hunderten angeschlossener Wohnungen realisiert.

Weniger fossile Brennstoffe

Stadtwerk Winterthur ist seit dem Jahr 2000 im Energie-Contracting stets mit Projekten tätig, die den Verbrauch fossiler Energieträger deutlich reduzieren. Dies fördert den Klimaschutz

Auf einheimische Rohstoffe setzen

Eines von vielen, konkreten Beispielen ist der Wärmeverbund mit einer zentralen Holzschmied-Heizung in Hegi. Die Zentrale versorgt 650 Wohnungen, Gewerbebauten und Läden ganzjährig mit Wärme für Heizung und Warmwasser. Verbrannt werden nicht nur Grünschnitzel aus unseren Wäldern, sondern auch Holzreste aus dem benachbarten, holzverarbeitenden Gewerbe. So werden pro Jahr rund 600 000 Liter Heizöl gespart. Da Holz CO₂-neutral ist, reduziert sich der CO₂-Ausstoss um jährlich ca. 3 300 Tonnen. Und seit 2010 minimiert ein innovativer Elektrofilter den Feinstaub weit unter die (ab 2017 geltenden) Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung.

Winterthur darf stolz sein auf diese wegweisenden Volksentscheide und ich persönlich freue mich sehr darüber, diese weiterhin umsetzen zu dürfen!

■ Matthias Gfeller, Stadtrat Grüne, Departementsvorsteher der Technischen Betriebe Winterthur

GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

25. August 2015, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Cevi Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, Raum London

Mit Inputs zu Kulturland- und Zersiedlungsinitiative und Wahlkampfauftakt mit Regula Rytz und unseren SpitzenkandidatInnen

GRÜNE STADT ZÜRICH

22. August 2015

Grüne Bar am Röntgenplatzfest

Röntgenplatz

19. September 2015, ab 10:00 Uhr

Nationalrats-Brunch

Kalkbreite

GRÜNE WINTERTHUR

22. August 2015, 11:00 Uhr

Kundgebung für eine bäuerliche Landwirtschaft, gegen die Freisetzungszone von ETH und Agroscope, für ein GVO

Verbot in unserer Landwirtschaft, gegen Patente auf Leben, gegen TTIP
Umzug mit Fuhrwerken, Velos und zu Fuss von Zürich bis zum Reckenholz

Organisator: Public Eye on Science und weitere Gruppierungen

GRÜNE DIETIKON

23. August 2015, ab 14:00 Uhr

Grillfest mit Grünen aus dem ganzen Bezirk

Biohof Fondli, Dietikon

19. September 2015, 9:00–16:00 Uhr

Mostpressen am Herbstmärt

Marktplatz Dietikon

JUNGE GRÜNE

25. Juli 2015, 13:00 Uhr

Sommerfest

Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

7. August 2015, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

11./12. August 2015

Junggrünes Weekend

15. September 2015, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff

Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen

GRÜNKOHL

SOLARE IMPULSE

Grünkohl ist etwas irritiert: Da versuchen zwei Männer, die stinkreich sind und augenscheinlich nichts Besseres zu tun haben, der Welt zu beweisen, dass diese Technologie, die Sonnenstrahlen in Strom verwandeln kann, wie hiess sie gleich, ach ja: Photovoltaik, dass die also technisch allem total überlegen ist und unser aller Zukunft bedeutet. Und das versuchen sie ausgerechnet mit Hilfe eines Vehikels, das nur einen Mann transportieren kann, bei dem die Bordtoilette aus einer PET-Flasche besteht, das vom leichtesten Windlein directement neben die Piste gepustet wird, dessen Batterieladung kaum eine Nacht überdauert, das weder Bordkino noch Schlafsitze aufweist, geschweige denn ein Duty-Free-Wägel, dessen Laderaum mit der Bordtoilette – siehe oben – bereits voll ist, das bei Bewölkung nur beschränkt und bei Gewitter gar nicht mehr fliegen kann, das mehr am Boden herumsteht als ein Auto und das so unelegant aussieht wie eine der ersten Sparlampen.

Insomma, die Solar Impulse beweist eigentlich, dass dieses ganze Solar-dings eben genau nicht funktioniert. Oder nur, wenn etwa zigtausend Bedingungen derart optimal sind, dass man in der Wartezeit zehnmal um die Welt spaziert wäre. Inklusive übers Wasser laufen. Und Grünkohl quält noch etwas anderes: Nicht auszudenken, was mit dem Klima passiert, wenn die Solar Impulse über dem Pazifik abstürzt und wie die rote Sonne bei Capri im Meer versinkt. Mindestens hundert Jahre böses Juju für die Solarenergie!

Grünkohl muss sich beeilen. Die Börse schliesst gleich. Er will unbedingt noch ein paar Kohlekraftwerks-Aktien kaufen. Die sind jetzt günstig.

■ Grünkohl

IMPRESSUM

GRÜNES BLATT – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstrasse 44, 8005 Zürich.
Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2'100 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Bastien Girod, Elena Marti, Katharina Prelicz-Huber, Balthasar Glättli, Karin Rykart, Röbi Brunner, Meret Schneider, Stéfanie Saxer, Matthias Probst, Matthias Gfeller, Markus Kunz. Bildnachweise: S. 1: elsone / photocase.de, S. 2: Res Marti, S. 3: damxDESIGN / photocase.de, S. 6: Christian_Schnettelker / flickr.com, S. 7: Karin Rykart, S. 8: Junge Grüne, S. 9: www.swissveg.ch, S. 10: Grüne Stadt Zürich, S. 11: Marc Dahinden, Landbote. Alle Portraitfotos: Heiko Hoffmann.
Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO2-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.